

# **Radiosendung zur Umsetzung der Inklusion in Bremen - Vorreiter in Sachen Inklusion**

**Beitrag von „rotherstein“ vom 22. Februar 2012 21:39**

Ganz so toll, wie oben gelesen scheint es hier auch nicht zu sein:

Zitat aus: [http://www.sovd.de/fileadmin/down...r\\_Inklusion.pdf](http://www.sovd.de/fileadmin/down...r_Inklusion.pdf)

Thüringen

Kategorie: ROT ( Die schlechteste auf der Inklusionsskala)

Integrationsquote: 13,3 Prozent

Gesetzeslage und Schulpraxis: Das Schulgesetz entspricht nur unzureichend den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention. Der Vorrang des gemeinsamen Unterrichts im Schulgesetz steht unter dem Vorbehalt, dass die Rahmenbedingungen dafür vorliegen. Die Eltern müssen darlegen, dass diese Bedingungen in der Integrationsschule tatsächlich gegeben sind, wenn sie für ihr behindertes Kind die Teilnahme am gemeinsamen Unterricht wünschen. Daher verwundert es nicht, dass die Integration behinderter Kinder in die Regelschulen bisher nur sehr gering ist. Zudem hat Thüringen eine sehr hohe Förderkinderquote: Mehr als 9 Prozent aller Schüler in Thüringen wird sonderpädagogischer Förderbedarf attestiert, so dass sie in der Schule als behindert gelten.

Initiativen von politischen Entscheidungsträgern und zivilgesellschaftlichen Gruppen: Die Handlungserfordernisse in Thüringen sind offensichtlich. Doch die Diskussion zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention läuft in Thüringen nur zögerlich an. Auf Initiativen des SoVD zur inklusiven Bildung reagiert das Kultusministerium defensiv. Ein klares Bekenntnis zum Gemeinsamen Lernen behinderter und nicht behinderter Kinder sucht man in den Stellungnahmen der Landesregierung vergebens. Nicht einmal die Worte Integration oder Inklusion fallen. Stattdessen wird nur sehr allgemein das Recht behinderter Kinder auf Bildung hervorgehoben, wenn unterstrichen wird, es sei eine gesellschaftliche Herausforderung und Verpflichtung, behinderte Kinder in das Bildungssystem einzubeziehen. Im Thüringer Landtag jedoch könnte die UN-Behindertenrechtskonvention auf die politische Agenda rücken; eine dort durchgeführte Veranstaltung mit 55 Teilnehmern themisierte die Situation lernbehinderter Kinder und stieß auf regen Zuspruch. Nicht zuletzt die Debatte zu Investitionen in Barrierefreiheit beim Konjunkturpaket II stellte in Thüringen eine Verknüpfung mit der UN-Behindertenrechtskonvention her.

Fazit: Thüringen steht noch klar am Anfang der Diskussion. Erste politische Aktivitäten zugunsten inklusiver Bildung müssen deutlich intensiviert und ausgebaut werden. Der Handlungsbedarf ist enorm.

Vielleicht kochen die doch nur mit Wasser?